

informiert

CDU
Gelsenkirchen

Juni 2008

Inhalt

OB setzt falsche Prioritäten

Wittke: 8,5 Mio € für GE

14,12 Mio € für Kinder

CDU-Aktionen im Sommer

**CDU-Ratsfraktion
informiert:**

**CDU fordert
Jugendschutzbericht**

**Verkehr in der Bergmannstraße
reduzieren**

Fusion der Amtsgerichte

**SPD und Grüne gegen
Bürgerinteressen**

Impressum

Herausgeber:

CDU-Kreisverband Gelsenkirchen

Munckelstraße 15, 45879 GE

Verantwortlich und Redaktion:

Ludger Jägers

Weitere Informationen

Wir im Internet:

<http://www.cdu-gelsenkirchen.de>

E-Mail:

info@cdu-gelsenkirchen.de

Wir nominieren unseren OB-Kandidaten im Oktober

Gelsenkirchen braucht mehr Kreativität, mehr Tempo und mehr Gemeinsamkeit in der Stadtpolitik. Wir wollen aus der kommenden Kommunalwahl im Juni 2009 als stärkste Fraktion hervorgehen und wieder den Oberbürgermeister stellen. Gelsenkirchen hat mehr verdient, als diesen OB und seine rot-grüne Minderheiten-Gemeinschaft.

Seit der letzten Kommunalwahl 2004 agieren der OB und Rot-Grün im Zeitlupentempo. Ein Beispiel von vielen ist der dreijährige Stillstand beim Hans-Sachs-Haus. Das ist die Ruine von OB Baranowski. Die Zeitlupen-Politik des OB schadet der Stadt.

Die SPD hat ihren OB-Kandidaten bereits nominiert. Es ist – welch Überraschung – der Amtsinhaber. Ihre Versuche mit öffentlichem Druck uns eine Kandidatendiskussion aufzudrängen, wird scheitern. Wir können ja die Ungeduld der SPD nachvollziehen, angesichts einer sparsamen Bilanz in der Stadtpolitik und desolater Umfragewerte. Da schafft es intern schon ein bisschen Sicherheit, wenn man schon mal einen Kandidaten hat. Wir bestimmen unseren OB-Kandidaten gemäß unseren Planungen im Oktober, ob dies der SPD passt oder nicht.

Anders als sein Vorgänger Oliver Wittke hat der amtierende OB kaum etwas vorzuweisen. Nett sein reicht hier nicht. Das wissen auch die Genossen. So kritisieren sie den Amtsvorgänger, vereinnahmen sogleich aber dessen Leistungen für die eigene Bilanz.



Oliver Wittke hat nachhaltig und sichtbar Gelsenkirchen positiv verändert. Sein Nachfolger verwaltet nur, und das auch noch schlecht.

Deshalb wird es hohe Zeit, dass wir wieder verantwortlich und zukunftsorientiert Politik für Gelsenkirchen gestalten – mit einem CDU-OB und der stärksten Rathausfraktion. Wir werden uns personell und inhaltlich auf diese große Aufgabe vorbereiten.

Doch zuvor wollen wir die Ferienzeit zur Erholung und Entspannung nutzen. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine gute Zeit.

Ihr


Wolfgang Meckelburg MdB
Kreisvorsitzender

**Die CDU
wünscht Ihnen
und Ihrer
Familie schöne
und erholsame
Urlaubstage!**



CDU

Wöll: OB setzt falsche Prioritäten

Schlechtes Verwaltungsmanagement wirft der CDU-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat, Werner Wöll, dem Oberbürgermeister vor. „Die Stadtverwaltung arbeitet zu langsam. Der OB bündelt die Kräfte an den falschen Stellen. Da wundert es nicht, dass dabei nichts raus kommt“, kritisiert er ein Jahr vor der Kommunalwahl.

Wöll konkret: „Jetzt kann das WEKA-Karree, das „Stadttor-Süd“ rund um den Bereich des Wissenschaftsparks und den ‚Schauburgkomplex‘ und die Buersche Innenstadt neu planen. Stattdessen packen OB und Verwaltung Projekte an, die jetzt – so der OB – erst in drei bis vier Jahren relevant werden, wie z.B. die Weiterentwicklung der Ebertstraße oder des Heinrich-König-Platzes. Die CDU werde, so Wöll, in den kommenden Wochen und Monaten entsprechende Initiativen für die Stadtentwicklung starten, damit die jetzt zu realisierenden Projekte vorankommen.“

Gerechtigkeit ist unser Thema

Neue Akzente wird die CDU, so der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Heinberg, in der Sozialpolitik setzen. Die Gerechtigkeitsfrage

soll dabei ein zentrales Thema werden. Beispielhaft nennt er hier die Diskussion um das „Sozialticket“. „OB und Rot-Grün verteilen nur in eine Richtung, an die Hartz IV-Empfänger. Wir demgegenüber haben auch die Einkommensschwächeren im Blick, wie zum Beispiel Alleinerziehende und Familien, die mit ihren Erwerbseinkommen oft nur knapp über die Runden kommen.“

Ferner fordert die CDU von der Stadt eine Offensive für freie Projektträger im Sozialbereich. „Die CDU steht für die Trägervielfalt, in der Kinder-, Jugend und Seniorenpolitik. Die Angebote werden insgesamt besser durch unterschiedliche Träger. Städtische Einrichtungen machen ebenso gute Arbeit wie kirchliche oder andere Träger. Wir werden gegen kommunales Monopoldenken vorgehen“, so Heinberg.

Lob für CDU-Kämmerer

Mit Freude hat der CDU-Kreisvorsitzende das Lob der SPD-Spitze für die Sanierung des Stadthaushalts registriert. „Es ist gut, wenn die SPD jetzt die Leistungen der beiden CDU-Kämmerer Rainer Kampmann und Lars-Martin Klieve endlich würdigt. Denn die beiden haben konsequent die Voraussetzungen für die



Konsolidierung genutzt, die die Bundes- und die Landesregierung geschaffen haben. Wir haben die Konsolidierung der Finanzen vorangetrieben und immer unterstützt. Ohne die beiden Kämmerer und die CDU ist dieser Erfolg nicht möglich gewesen“, stellt Wolfgang Meckelburg MdB fest.

Die örtliche SPD sei erst auf den Etatsanierungszug aufgesprungen, als sie gemerkt habe, dass dieser alternativlos sei. Meckelburg: „Wenn sie jetzt das Sanierungsergebnis als ihre Leistung verbucht, ist das peinlich.“

Wittke: 8,5 Mio € Städtebauförderung

Gelsenkirchen erhält in diesem Jahr über 8,5 Millionen Euro Landesförderung für städtebauliche Investitionen. „Damit ist Gelsenkirchen eine der am stärksten geförderten Städte“, freut sich der CDU-Landtagsabgeordnete Oliver Wittke. Von den insgesamt neun geförderten Projekten fallen vier in den Bereich Stadtumbauprogramme.

„Schon als Oberbürgermeister habe ich mich dafür ausgesprochen, dass Stadtumbau nicht nur im Osten, sondern auch im Westen gefördert wird. Für Gelsenkirchen bedeuten die knapp 4,4 Millionen Euro für diesen Bereich einen zusätzlichen wertvollen Impuls“, ergänzt er.

Im Einzelnen erhält die Stadt

• 2,614 Millionen Euro für „Soziale Stadt – Gelsenkirchen Südost“ (u.a. Reaktivierung der Grundstücksfläche „Schalker Verein“);

- 1,550 Millionen € für den Stadtumbau West (City)
- 1,350 Millionen € für den Stadtumbau West (Tossehof)
- 1,248 Millionen € für den Stadtumbau West (Gelände Bismarck)
- 240.000 € für den Stadtumbau West (Schalke)
- 700.000 € für den Umbau Vorburg Schloss Horst
- 358.000 € für „Soziale Stadt – Bismarck / Schalke-Nord“
- 243.000 € für Sanierungsgebiet Buer-Hugo (Sicherung und Präsentation von Schacht 2)
- 200.000 € für „Soziale Stadt – Hasfels Interkommunales Projekt“



Land gibt Zuschuss von 14,12 Mio. € für Kinderbetreuung

„Gelsenkirchen kann mit einem Landeszuschuss von 14.120.530 € für die Kinderbetreuung im kommenden Kindergartenjahr rechnen“, freut sich der CDU-Landtagsabgeordnete Oliver Wittke. Damit steige die Förderung nach dem neuen „Kinderbildungsgesetz“ (KiBiz) gegenüber der aktuellen Förderung um knapp 3,2 Mio. €.

Darüber hinaus hat die Landesregierung die von der Stadt angemeldeten 531 Betreuungsplätze für Unterdreijährige bewilligt. „Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird durch den Ausbau des Betreuungsangebotes entscheidend verbessert. KiBiz wird auch in Gelsenkirchen ein Erfolg“, ergänzt Wittke.

CDU-Fraktion fordert Jugendschutzbericht

Wie ist es tatsächlich um den Jugendschutz in Gelsenkirchen bestellt? Wer macht beim Jugendschutz was und mit welchen Möglichkeiten? Das sind nur zwei Fragen, die die CDU-Fraktion nach der Sommerpause von der Verwaltung beantwortet haben möchte. Wolfgang Heinberg, stellv. Fraktionsvorsitzender: „Jugendschutz ist eine zentrale kommunale Aufgabe. Jugendschutz ist Prävention und Reaktion. Und Jugendschützer müssen da präsent sein, wo Jugendliche gefährdet sind oder sich selbst gefährden.“

Effektiven Jugendschutz schaffen

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger berichten z.B. von Alkoholexzessen Minderjähriger in öffentlichen Parks, auf Spielplätzen oder an sonstigen informellen Treffpunkten. Hinweise der die CDU-Fraktion mit Hilfe eines kommunalen Jugendschutzberichtes nachgehen will. Wolfgang Heinberg: „Wir wollen einen effektiven, den jungen Menschen gerecht werdenden und ihre Interessen berücksichtigenden Jugendschutz in Gelsenkirchen gewährleisten. Darum fordern wir einen Jugendschutzbericht der Verwaltung für den Jugendhilfeausschuss als Ausgangspunkt weiterer Beratungen. Sollten Mängel im operativen Ablauf und in den Ressourcen vorhanden sein

sollten, müssen wir sie identifizieren und abstellen.“

Wie Politik sich offensiv mit dem Thema Jugendschutz auseinandersetzen kann macht in diesen



Wolfgang Heinberg

Tagen, nach Ansicht der CDU-Fraktion, das NRW-Jugendministerium von Armin Laschet exemplarisch vor. Wolfgang Heinberg: „Der Jugendschutz bei der Nutzung von Medien wie Computerspielen wird konsequent angefasst und verbessert: Mehr Personal, mehr Information, optimierte Abläufe und das Thema in den Mittelpunkt des Interesses stellen.“

Dringender Diskussionsbedarf

Dieses zupackende Vorgehen brauchen wir auch in GE. Ein erster Schritt: das Thema benennen! Wer sich an Wochenenden mit gutem Wetter in Gelsenkirchener Parks umsieht, wird schnell feststellen, dass das Thema Jugendschutz dringend in den zuständigen Gremien diskutiert werden muss. Und: „beruhigende Hinweise“ auf das Angebot der mobilen Jugendsozialarbeit reichen uns nicht und lösen auch nicht das Problem.“

CDU begrüßt neue Zuschlagsregelung

„Die CDU-Fraktion ist zufrieden mit dem Vorhaben der Bundesregierung, den Kinderzuschlag ab dem 01. Oktober 2008 neu und verbessert zu regeln. Davon werden mehrere Dutzend Familien und Kinder in Gelsenkirchen ganz konkret profitieren“, so kommentiert der stellv. Fraktionsvorsitzende Wolfgang Heinberg einen Beschluss des Bundeskabinetts vom 8. April 2008.

Einen zusätzlich positiven Effekt für Gelsenkirchen erwartet die CDU-Fraktion aus dem gleichzeitig geplanten Ausbau des Wohngeldes. Wolfgang Heinberg: „Eltern, die arbeiten statt sich

allein auf staatliche Hilfen zu verlassen, sind langfristig die beste Vorsorge gegen Kinderarmut. Ihr Einsatz und ihr Vorbild durchbricht den fatalen Kreislauf der Abhängigkeit von Sozialtransfers über Generationen hinweg. Deswegen setzt der verbesserte Kinderzuschlag gezielt Erwerbsanreize für Familien mit Kindern.“

Bis zu 140 Euro mehr

In Zukunft können Eltern bis zu 140 € Kinderzuschlag erhalten, wenn sie einen erheblichen Beitrag zur Deckung ihres Lebensunterhalts leisten und mit dem Kinderzuschlag, dem Kindergeld und

CDU begrüßt Fusion der Amtsgerichte

Die CDU begrüßt den vorliegenden Gesetzentwurf zur Fusion der Gerichte im Jahr 2012 und die damit verbundene Errichtung eines Justizentrums in Ückendorf. „Die CDU bleibt bei ihrer Aussage – eine Fusion im Norden der Stadt (Finanzämter) und eine Fusion im Stadtsüden (Justizzentrum). SPD und Grüne müssen jetzt Farbe bekennen“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende Werner Wöll.

Wöll: Rot-Grün muss endlich Farbe bekennen

„Wer den Umstrukturierungsprozess der Landesbehörden aktiv begleiten und auf die anstehenden Grundstücksfragen Einfluss nehmen will, der muss sich jetzt bewegen und mitmachen. Der von SPD und Grünen in der Ratssitzung vom 14.06.2007 gegen die Stimmen der CDU gefasste - schon damals unrealistische Beschluss - Zitat: ‚Keine Zusammenlegung von Amtsgerichten, Arbeits- und Sozialgericht sowie keine Fusion der Finanzämter in Gelsenkirchen‘ steht dem allerdings entgegen“, fasst Werner Wöll zusammen.

CDU-Ratsfraktion informiert:

Verantwortlich: Werner Wöll, Wolfgang Heinberg
CDU-Ratsfraktion Gelsenkirchen, Emscherstraße
66, 45891 Gelsenkirchen

dem Wohngeld den Gesamtbedarf der Bedarfsgemeinschaft decken können.

Wolfgang Heinberg: „Ab dem 1. Oktober sollen Alleinerziehende, die mindestens 600 €, und Paare, die mindestens 900 € als Einkommen aus Erwerbsarbeit beziehen, den verbesserten Kinderzuschlag bekommen. Diese neue einheitliche Grenze scheint uns eine gute und transparente Lösung zu sein, denn vorher wurde die Grenze individuell berechnet, was in der Praxis neben einem sehr hohen Verwaltungsaufwand zu einer Ablehnungsquote von mehr als 80 Prozent führte.“

Wöll: Millionenzahlung vom Land hilft beim Konsolidierungskurs

Ein warmer Regen erreicht die Stadt Gelsenkirchen in diesen Tagen aus der Landeshauptstadt Düsseldorf. 11,7 Mio. € an konsumtiven Mitteln und zusätzlich fast eine Million Euro für investive Zwecke sollen nach den Plänen der Landesregierung noch bis Ende März nach Gelsenkirchen überwiesen werden, freut sich CDU-Fraktionschef Werner Wöll.

„Das ist mehr als wir erwartet haben“, freut sich Wöll. Hintergrund ist die Rückzahlung des Landes NRW von zu viel erbrachten Leistungen der Städte und Gemeinden für den Solidarpakt Ost. Besonders erfreulich für Gelsenkirchen: Die Landesregierung hat die Rückzahlung nicht nach den überzahlten Beträgen der einzelnen Städte, sondern nach Bedürftigkeit aufgeteilt.

Warmer Regen für die Stadt

So erhält etwa die finanzstarke Stadt Düsseldorf von den hohen Solidarbei-

trägen eine geringere Rückerstattung, während Gelsenkirchen den größten Teil seiner Solidarpaktzahlungen zurück erhält. „Diese Millionenzahlungen aus Düsseldorf helfen uns erheblich bei unseren Konsolidierungsbemühungen des städtischen Haushalts“, bewertet Wöll.

Zudem können für die Stadt wichtige Investitionen in Angriff genommen werden. So kann zum Beispiel die Neugestaltung des Erler Marktes ebenso begonnen werden wie die Sanierung des städtischen Museums in Buer. Beide Maßnahmen sind bei den Haushaltsberatungen aus Sicht der CDU wichtige Projekte, die angegangen werden müssen.

Die Projekte befanden sich bislang auf aussichtsreichen Nachrückerpositionen. Mit der zusätzlichen Million für Investitionen kommen diese Projekte in 2008 zum Zuge.

CDU will Verkehr in der Bergmannstraße reduzieren

„Unser Ziel ist es, den Durchgangsverkehr in der Bergmannstraße nachhaltig zu reduzieren“, betonte der örtliche CDU-Stadtverordnete und Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Guido Tann, auf einer Bürgerversammlung der CDU Ückendorf. Vor rund 60 Teilnehmern bekannte sich der CDU Politiker zu der bereits von Bochum geplanten Umfahrung Günnigfeld, die im Jahr 2010 fertiggestellt werden soll.

Umfahrung Günnigfeld

„Im Zuge des Neubaus wollen wir einen Kreisverkehr an der Kreuzung

Ostpreußenstraße / Bergmannstraße, um die Unfallhäufigkeit zu reduzieren. Darüber hinaus fordern wir verkehrslenkende Maßnahmen für den Durchgangsverkehr auf der neuen Umfahrung. Wir wollen, dass dieser über die Ostpreußen- und Florastraße nordwärts geleitet werden soll. Entsprechende Beschilderungen



Guido Tann

CDU: Machtwort des OB gefordert

Seit dem 01.11.2007 ist die Stelle des Betriebsleiters schon nicht mehr besetzt. Eine interne Stellenausschreibung brachte nicht den geeigneten Bewerber bzw. die geeignete Bewerberin. Man entschloss sich, die Stelle extern auszuschreiben und eine Findungskommission einzusetzen.

„Das externe Bewerbungsverfahren ist abgeschlossen, die Findungskommission kann sich jedoch auf keinen Bewerber einigen“, so CDU-Fraktionsvorsitzender Werner Wöll. „Nun ist es an der Zeit, dass sich der Oberbürgermeister einschaltet und ein Machtwort spricht“, so Wöll weiter.

Denn mit der Auswahl eines Bewerbers ist die Stelle noch nicht besetzt, wie das Beispiel bei der stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft GGW zeigt. Hier braucht es sechs Monate, bis der neue Geschäftsführer aus seinem alten Vertrag herauskommt. Dies wird erst zum 01.07.2008 der Fall sein.

sollen durch die Stadt vorgenommen werden. Darüber hinaus soll zeitnah ein LKW-Durchfahrtsverbot für die Bergmannstraße eingerichtet werden. Die Bogestra haben wir bereits aufgefordert, ihre Busse nicht länger durch die Bergmannstraße ins Depot an der Ostpreußenstraße fahren zu lassen“, stellte Tann fest.

Langfristig fordert die CDU Ückendorf, bei der Erschließung des Geländes „Schalker Verein“ die Wildenbruchstraße an die Ostpreußenstraße anzubinden.

Stadthistorisches Museum im Turm des H-S-H

Die Einrichtung eines stadthistorischen Museums im Turm des Hans-Sachs-Hauses schlägt Frank-Norbert Oehlert, Stadtverordneter und Vorsitzender der CDU-Altstadt vor. Die Stadt benötige seiner Ansicht nach einen Ort, an dem ihre Geschichte für die Menschen fassbar werde. Dazu sei das Hans-Sachs-Haus das passende Gebäude.

Da die ehemalige stadthistorische Sammlung während des Zweiten Weltkrieges verloren gegangen sei, bedürfe es sicherlich zahlreicher Überlegungen und einiger Anstrengungen eine ansprechende Rückschau zu gestalten, aber es sei nicht dem Grunde nach unmöglich. Für die konzeptionellen Überlegungen bliebe durchaus noch Zeit bis zur Fertigstellung des neuen Hans-Sachs-Hauses. Oehlert: „Das Hans-Sachs-Haus war und wird wieder das Haus der Bürger. Die Ansiedlung einer stadthistorischen Schau an dieser Stelle wäre daher sinnvoll. Hierzu böte sich der Turm des Hans-Sachs-Hauses durchaus an. Bei der anstehenden Feinplanung könnte dieser Ansatz geprüft und auch realisiert werden.“

Verlängerung Willy-Brandt-Allee: SPD und Grüne missachten massiv die Bürgerinteressen

Mit Erschrecken reagiert der CDU-Bezirksfraktionsvorsitzende West, Norbert Quick, auf die Initiative von Rot-Grün bei den städtischen Etatberatungen, wonach es die Verlängerung der Willy-Brandt-Allee und den dritten Teil der Umfahrung Schaffrath nicht geben soll.

Quick erinnert daran, dass noch in der Sitzung der Bezirksvertretung West am 19. Februar 2008 die SPD-Bezirksverordneten dem CDU-Antrag auf eine „Machbarkeitsstudie zur Optimierung von Verkehrsflüssen“ und damit der wegen der WM 2006 zurückgestellten Verlängerung der Willy-Brandt-Allee als notwendige Ost-West-Verbindung zugestimmt hatten.

SPD unberechenbar

Jetzt setzten sich die SPD-Stadtverordneten Vera Wyrwa, Manfred Rose und

Axel Barton, die den SPD-Antrag im Rat begründet hatten, darüber hinweg und folgten der Kooperationsvereinbarung zwischen SPD und Grünen, die einen Weiterbau des dritten Teils der Umfahrung Schaffrath und den Ausbau der Willy-Brandt-Allee nicht vorsehe.

Quick: „Gemessen an den Protesten betroffener Bürger, die mich erreicht haben, richtet sich das Verhalten von SPD und Grünen gegen erklärte Bürgerinteressen, die sich eine baldige Entlastung von dem unerträglichen Straßenverkehr erhoffen.“

CDU an der Seite der Bürger

Die CDU, insbesondere die im Bezirk West, werde sich, so Quick, der Meinung von SPD/Grünen nicht anschließen und die Bürgerproteste sowohl in

Beckhausen und Sutum, als auch in Schaffrath unterstützen.

Dass der Ausbau der Horster Straße Gestalt annehme, könne kein Schutzschild vor der Missachtung der weiteren Bürgerinteressen in Beckhausen und Sutum sein, betont der CDU-Politiker.

„Die Bürger wollen die seit Jahrzehnten geforderte und notwendige Ost-West-Verbindung in Angriff genommen sehen.“



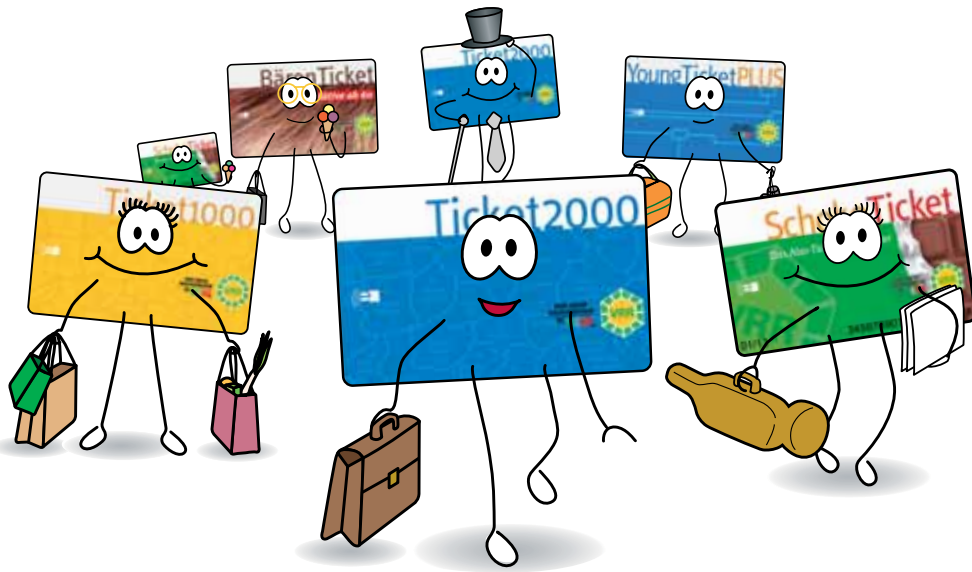
Norbert Quick

CDU-Aktionen im Sommer

Von Juli bis August veranstalten eine Reihe von Ortsverbänden verschiedene Veranstaltungen, hier die Tipps:

- **Mi. 09.07, 17 Uhr** **CDU Horst:** Begehung **alter Friedhof Horst-Nord** u. **Schlosspark**; Treffpunkt: Eingang alter Friedhof, Gladbecker-Straße
- **Do. 10.07, 17 Uhr** **CDU Altstadt:** Veranstaltung mit **Landesminister Karl-Josef Laumann MdL**, „Reformen für NRW: was wir jetzt anpacken müssen!“, **Hotel Maritim**
- **Di. 15.07, 19 Uhr** **CDU Horst: 1. Sommerstammtisch** im Biergarten **Schloß Horst**
- **Fr. 25.07, 19.30 Uhr** **CDU Neustadt: Rundgang Neustadt** – aktuelle Lokalpolitik; Treffpunkt: **Neustadtplatz**
- **Fr. 08.08, 17 Uhr** **CDU Erle: Radtour und Grillen**, Treffpunkt: Gaststätte „Zum Parkstadion“, Schweidnitzer Straße 13
- **Fr.-So. 08.-10.08.** **CDU Rotthausen: 4. Rotthausener Musiktage**, Alter Rotthausener Markt
- **Do. 14.08, 19 Uhr** **CDU Haverkamp: Pol. Stammtisch** in der **Gaststätte „Nierhoff“**
- **Fr. 15. 08., 18 Uhr** **CDU Horst: 2. Sommerstammtisch** im Biergarten **Nordsternpark**

Gut ankommen



Mit unserem ABO-Ticket sind Sie immer mobil!

Informationen unter www.bus-und-bahn.de oder unter 01803/50 40 30
9 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz. Bei Anrufen aus Mobilfunknetzen können die Preise abweichen.



GRÜN - ZENTRAL - MODERN ATTRAKTIVE EINFAMILIENHÄUSER IM NEUBAUGEBIET AM SCHLOSS HORST

40 Einfamilien-Häuser
Wohnflächen bis 137 qm
Kaufpreise ab 221.500 €

g|g|w:

Fordern Sie Prospekt-Material an!

ggw · Darler Heide 100 · 45891 Gelsenkirchen
Ihre Ansprechpartner: Tel. (0209) 706-1065 -1061
ggw-gelsenkirchen.de